

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An die  
Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.09.2020

**AN/1233/2020**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	10.09.2020

**Kalkberg**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu den TOPs 3.1.2 und 3.1.11 auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung am 10 September 2020 zu setzen:

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich ausdrücklich zu einer Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf dem Gebiet der Stadt Köln. Dies ist für die medizinische Notfallversorgung der Kölner Bevölkerung unerlässlich.
2. Die bisherige Übergangsstation am Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen und wird ertüchtigt, weil weiterhin keine letztendliche Entscheidung über einen Standort für eine Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf Kölner Boden getroffen werden kann.
3. Der vorgesehene Standort Kalkberg ist mit einem Baustopp versehen, auch wenn eine Haldensanierung vorgenommen wurde, die Rettungshubschrauberstation fast fertig gestellt ist, eine luftfahrtrechtliche Genehmigung vorliegt und schon 30 Mio. Euro dort investiert wurden. Um über diesen Standort eine fachgerechte und seriöse Entscheidung zu treffen, wird die Verwaltung beauftragt darzustellen, wie sich der Materialaustrag aus dem Kalkberg über die letzten Jahre entwickelt und inwieweit sich überhaupt eine stabile Gleichgewichtssituation eingestellt hat. Bis dahin bleibt der vom Rat beschlossene Baustopp bestehen.
4. Der Rat der Stadt begrüßt die geplante Verbesserung der Unterbringungssituation für die Besatzung der Luftrettung am Flughafen Köln-Bonn und stellt fest, dass in einer gemeinsam von der Stadt Köln und der Flughafen Köln/Bonn GmbH zu erstellenden Machbarkeitsstudie geprüft werden soll, ob als Alternative für den Standort Kalkberg auch eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung der Rettungshubschrauber auf dem Flughafengelände möglich ist. Erst wenn die Machbarkeitsstudie zu dem Ergeb-

nis kommt, dass eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung des Rettungshubschraubers auf den Fluggelände tatsächlich möglich ist, kann über diesen Standort als mögliche Alternative entschieden werden.

5. Die Verwaltung wird auch beauftragt darzulegen, welche Haushaltsauswirkungen eine Aufgabe der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg hat und welche Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg bestehen bzw. im Klageweg noch gefordert werden

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz  
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

Ulrich Breite  
FDP-Fraktionsgeschäftsführer